

Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Landesverband Hamburg

Tel: +49(0)40 43 17 95 99 16

Fax: +49(0)40 43 17 95 99 19

geschaeftsstelle-hh@dfaug.de

www.dfeug.de

DFeuG - HH – Ahornallee 5 – 22529 Hamburg



Strategiepapier Rettungsdienst Hamburg 2022

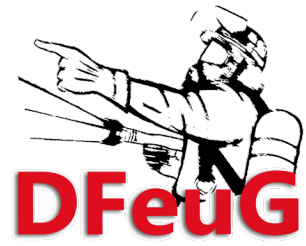
Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Bundesgeschäftsstelle
Friedrichstraße 50
42655 Solingen

Sitz Solingen
Amtsgericht Wuppertal
VR30151
Steuernr.: 129/5890/0158

Vorstand (§26 BGB)
Siegfried Maier (Vors.)
Lars Wieg
Daniel Dahlke

Tel: +49(0)212 64 56 48 55
Fax: +49(0)212 64 56 48 57
geschaeftsstelle@dfaug.de
www.dfeug.de





Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Landesverband Hamburg

Tel: +49(0)40 43 17 95 99 16

Fax: +49(0)40 43 17 95 99 19

geschaeftsstelle-hh@dfaug.de

www.dfaug.de

Auf Bundesebene haben wir, die Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft die Kampagne „RETTET DEN RETTUNGSDIENST“ ins Leben gerufen. Was ist der Hintergrund?

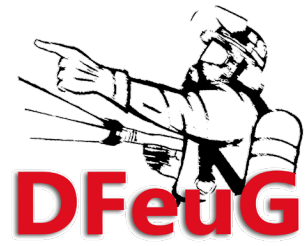
Der Rettungsdienst in Deutschland ist am Limit. Steigende Notrufzahlen und sinkende Resilienz der Bevölkerung sind für eine Überlastung des Rettungswesens verantwortlich. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Leitstellen und auf den Rettungswagen stehen kurz vorm Burnout. Die Krankheitsrate steigt. Die Frustration auch. Eine Abwärtsspirale auf die die Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft in Hamburg und Berlin auch über die sozialen Medien bereits seit Monaten mit dem Hashtag „Nur1RTW“ aufmerksam gemacht hat.

Getreu unserem Werbeplakat für die Personalratswahl 2022 sehen wir hier auch, es ist Zeit für Veränderung!

Deshalb gibt es einen allgemeinen Forderungskatalog an die Bundespolitik, welcher auch an eine Onlinepetition geknüpft ist. Im Folgenden werden die Punkte aus der Kampagne aufgezählt, welche jedoch nicht alle auf die Situation bei der Feuerwehr Hamburg zu übertragen sind. Später wird noch auf die spezielle Thematik in Hamburg eingegangen und auch mögliche Lösungsansätze benannt. Gerne unterstützt die DFeuG Hamburg bei entsprechenden Überlegungen und Ausarbeitungen. Auch das Bundesweite Netzwerk der Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft, zum Beispiel die AG Leitstelle oder AG Rettungsdienst können mit eingebunden werden, um einen Austausch und damit auch Input von und mit anderen Bundesländern zu generieren.

-SEITE 2-





Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Landesverband Hamburg

Tel: +49(0)40 43 17 95 99 16

Fax: +49(0)40 43 17 95 99 19

geschaeftsstelle-hh@dfaug.de

www.dfaug.de

UNSERE FORDERUNGEN AN DIE POLITIK AUF BUNDESEBENE

1. RECHTSICHERHEIT FÜR EINSATZKRÄFTE

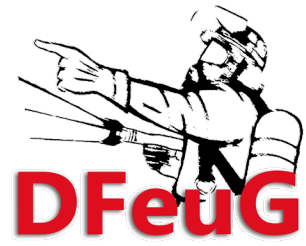
- Mitarbeitende in den Leitstellen stellen die Weichen für die Bearbeitung der Hilfsersuchen der Anrufenden. Die Kolleginnen und Kollegen brauchen rechtssichere Handlungsmöglichkeiten, um die Hilfsersuchen bedarfsorientiert zu steuern.
- Rettungsfachpersonal wie Notfallsanitäter*innen sind hoch spezialisierte medizinische Fachkräfte. Ihre Behandlungsalgorithmen orientieren sich an aktuellen Ständen der Wissenschaft und Forschung. Standesdebatten über einzelne Maßnahmen sind hier wenig sinnvoll. Sie brauchen die Rückendeckung des Gesetzgebers für die lebensrettende Arbeit an den Patient*innen.
- Das Sozialgesetzbuch sieht den Rettungsdienst auch im Jahr 2022 immer noch als Transportdienstleistung, welche in einem Krankenhaus endet. Das sorgt für Überlastung an nachgeordneten Stellen. Hier müssen sich die Gesetze den geänderten Bedürfnissen anpassen und die Durchführenden im Rettungsdienst brauchen die Finanzierung von alternativen zum Transport ins Krankenhaus.

2. ANPASSUNG DER ARBEITSZEITMODELLE AN AKTUELLE BEDÜRFNISSE UND BELASTUNGEN

- Die Arbeit im Rettungsdienst ist, nach wie vor, flächendeckend auf „faktorierte Bereitschaftszeiten“ ausgelegt. Diese müssen durch die Arbeitgeber nicht nachgewiesen werden. Einsatzfreie Zeiten werden als „nicht-Arbeit“ angenommen. Das entspricht meist nicht mehr den Realitäten und ist nie angefasst worden. Ein Hauptkritikpunkt der Kolleginnen und Kollegen im Einsatzdienst.
- Wochenarbeitszeiten von 48 Stunden oder Mehr sind keine Ausnahme, sondern eher die Regel. Die Formulierung „bis zu...“ wird durch Kostenträger als Argument angesehen, die Arbeitszeiten regelhaft auszuweiten. Das machen die Mitarbeitenden nicht mit – Personalnotstand weitet sich aus.

-SEITE 3-





Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Landesverband Hamburg

Tel: +49(0)40 43 17 95 99 16

Fax: +49(0)40 43 17 95 99 19

geschaeftsstelle-hh@dfaug.de

www.dfeug.de

3. ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN SCHAFFEN

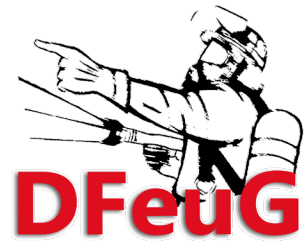
- Die Arbeit im Einsatzdienst ist körperlich und psychisch belastend. Mitarbeitenden muss auch die Perspektive gegeben werden, das Rentenalter zu erreichen. Für Mitarbeitende im Einsatzdienst, egal ob Feuerwehr, Rettungsdienst oder Leitstelle, muss ein Höchstalter von 60 Jahren gelten. Unabhängig davon, ob verbeamtet oder tariflich beschäftigt.
- Damit die Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeitsfähigkeit erhalten können müssen Erholungs-/Präventivkuren angeboten und ausgebaut werden. Auch Supervisionsangebote müssen geschaffen werden. Positive Beispiele gibt es schon.
- Die Karriereleiter im Rettungsdienst ist schnell zu Ende. Hier müssen Motivatoren wie Laufbahnverläufe und Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Wir verlieren sonst gut ausgebildetes und erfahrenes Personal in andere Branchen und verlieren die Möglichkeit qualitativ gut auszubilden.

4. SCHNITTSTELLENPROBLEME ANGEHEN UND ABSCHAFFEN

- Die Leitstellen sind bundesweit die Netzwerkknotenpunkte und erste Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger sowie die angeschlossenen Systeme und Leistungserbringer. Dennoch gibt es keine Bundeseinheitlichen Standards oder Kooperationen oberhalb der Kreisebenen. Hier besteht viel Verbesserungspotential, gerade zu den Organisationen wie dem Kassenärztlichen Bereitschaftsdienst oder Länderübergreifenden Organisationen.

-SEITE 4-





Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Landesverband Hamburg

Tel: +49(0)40 43 17 95 99 16

Fax: +49(0)40 43 17 95 99 19

geschaeftsstelle-hh@dfaug.de

www.dfaug.de

5. SELBSTHILFEFÄHIGKEIT DER BEVÖLKERUNG WIEDER STÄRKEN

- Die Bevölkerung ist in medizinischen Fragen oft überfordert. Das führt zu der Annahme, dass „der Bürger“ sich nicht zu helfen weis. Diesem Problem kann durch gezielte Aufklärung und Information, im Kindergarten beginnend, begegnet werden. In vergangenen Zeiten wurde viel Arbeit in die zivile Verteidigung gesteckt, die die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung stärken sollte. Mit neuen Ideen und neuen Medien kann dieses Konzept schnell wieder Früchte tragen. Wir brauchen unkomplizierte und barrierearme Wissenstransfers in die Allgemeinheit.

6. AUFKLÄRUNG VON VERSORGUNGSSTRUKTUREN

- Neuen Herausforderungen wird oft mit alten Lösungen begegnet. Die Gesellschaft verändert sich, also sollte das Schutzkonzept sich anpassen. Vorbeugender Rettungsdienst kann hier ein Thema sein, ambulante Konzepte wie Gemeindenotfallsanitäter oder Gutachten, die die Zukunft betrachten und nicht die Vergangenheit. Die Forschung im Themenfeld Rettungsdienst muss gestärkt werden und Konzepte, welche sich anderswo bewährt haben, sollten auch endlich umgesetzt werden, anstatt sie nur zu diskutieren.

7. DAS GESUNDHEITSSYSTEM ALS GANZES BETRACHTEN

- Es wird im Gesundheitssystem, bei dem der Rettungsdienst nur ein Rad im Getriebe ist, keine Verbesserungen geben, wenn nicht das Gesamte betrachtet wird. Ohne Stärkung der ambulanten Versorgung vor Ort wird es keine Entlastung im Rettungsdienst geben. Ohne Entlastung im Rettungsdienst wird es in den Notaufnahmen keine Entlastung geben. Und ohne Entlastung in den Notaufnahmen werden weiter Patientengruppen mit anbehandelten Problemen zurück in die Häuslichkeit oder außerklinische Pflege entlassen, wo sie wieder auf einen Fachkräftemangel stoßen. Dieser Mangel wird das Rad von neuem drehen...

-SEITE 5-





Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Landesverband Hamburg

Tel: +49(0)40 43 17 95 99 16

Fax: +49(0)40 43 17 95 99 19

geschaeftsstelle-hh@dfaug.de

www.dfaug.de

8. ABKEHR VON GEWINNORIENTIERUNG IN DER NOTFALLVERSORGUNG (GILT IN HAMBURG FÜR DIE KRANKENHAUSVERSORGUNG)

- Die Notfallversorgung der Bürgerinnen und Bürger ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge, eine hoheitliche Aufgabe des Staates. Öffentliche Sicherheit und Ordnung lässt sich nicht an wirtschaftlichen Faktoren messen, denn der beste Notfall ist der, der gar nicht erst passiert. Durch Haushaltsplanung und Kosten-Leistungs-Nachweise ist der unnötigen Ausgabe von Fremdmitteln bereits begegnet. Gewinnerzielungsabsichten führen in diesem System aber immer zu Missständen, die den Bürgerinnen und Bürgern – den letztendlichen Kostenträgern – schaden. Überlastetes Personal gibt keine Sicherheit, überlastete Systeme haben keine Reserven.

WAS IST MIT HAMBURG?

Das der Rettungsdienst sowie die Notfallversorgung in der FHH nahe dem Kollaps steht und nur noch unter größter Anstrengung aller Beteiligten überhaupt durchgeführt werden kann ist mittlerweile hinreichend bekannt und steht bei allen Beteiligten nicht zur Diskussion.

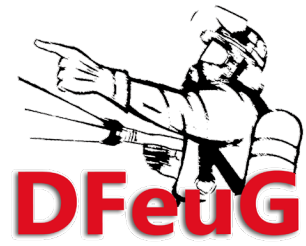
Die Gründe hierfür sind vielseitig und sollen in diesem Papier teilweise benannt und mögliche Lösungsansätze beschrieben werden.

Sicherlich könnte man sagen, dass wenn die Fahrzeuge ausgelastet sind, brauchen wir mehr Fahrzeuge innerhalb des Rettungsdienstes. Aber ist es ein Problem der Quantität oder der Qualität der Einsätze?

Es ist uns bekannt, dass einzelne Maßnahmen bereits in der Prüfung sind und die Feuerwehr ebenfalls an Lösungsvorschlägen arbeitet. Nichtsdestotrotz möchten wir als Arbeitnehmervertretung der Kolleg*innen der Berufsfeuerwehr hiermit etwas Unterstützung geben, damit die lange überfällige Entlastung im Einsatzdienst, von der schon lange gesprochen wird endlich Einzug nimmt.

-SEITE 6-





Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Landesverband Hamburg

Tel: +49(0)40 43 17 95 99 16

Fax: +49(0)40 43 17 95 99 19

geschaeftsstelle-hh@dfaug.de

www.dfeug.de

PROBLEME DER NOTFALLVERSORGUNG

Immer wieder rücken die Fahrzeuge zu Einsätzen aus, die sich hinterher nicht als Notfall darstellen. Auch vor der Alarmierung werden diese Einsätze oft schon entsprechend klassifiziert und die Rettungsmittel werden mit einem Einsatzstichwort „NF“ („normale Fahrt“ ohne Sonderrechte) zum Einsatz geschickt, laut internen Meldungen in der Feuerwehr sprechen wir von Rund 30 Prozent der Rettungsdienst Einsätzen. Weiter werden Rettungswagen, welche für die Regelvorhaltung im Rettungsdienst vorgesehen sind immer wieder für Krankentransporte verwendet, weil die Konzessionsinhaber für die KBF zu wenige Fahrzeuge besetzen.

Notaufnahmen und Stationen sind überfüllt und/oder unterbesetzt, daher abgemeldet und nicht für die Rettungsmittel anfahrbar, dadurch verlängern sich Einsatzzeiten da eine weiter entfernte Klinik angefahren werden muss. Zusätzlich müssen anbehandelte Patienten dann für einen stationären Aufenthalt verlegt werden.

Aber warum ist das so?

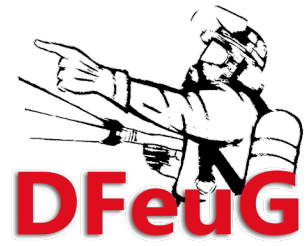
Aufgrund des demographischen Wandels steigt mit dem Alter auch der Bedarf an medizinischer Versorgung. Hausarztpraxen schließen, viele neue Hamburger Bürger finden keinen Hausarzt, da die Praxen keine neuen Patienten mehr aufnehmen. Auch die Vereinsamung älterer Menschen spielt hier eine gewisse Rolle, sie haben niemanden zum Reden oder der sich anderweitig um Sie kümmert, in Pflegeheime möchten sie nicht und wenn doch, bekommen sie keinen Platz. Immer wieder muss hier der Rettungsdienst einspringen.

Die „Vollkasko mentalität“ der Bürger, die es als selbstverständlich sehen, dass die Hilfe zu Ihnen kommt, auch wenn sie noch gut in der Lage wären, die Hilfe selbst zu erreichen, sei es mit dem eigenen PKW, den öffentlichen Verkehrsmittel oder mit einem Taxi.

Die mangelnde Selbsthilfefähigkeit der Gesellschaft, die z.B. bei Kindern mit einer erhöhten Temperatur, bei der Wadenwickel oder ein Fieberzäpchen ausreichend wären. Bei jungen Erwachsenen, die einen Magendarm Infekt haben, sich übergeben und jetzt nicht mehr weiterwissen.

-SEITE 7-





Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Landesverband Hamburg

Tel: +49(0)40 43 17 95 99 16

Fax: +49(0)40 43 17 95 99 19

geschaeftsstelle-hh@dfaug.de

www.dfaug.de

Was könnte man also tun?

Wenn man sich nun die Probleme ansieht, stellt man schnell fest, dass es mehrere Faktoren gibt, welche betrachtet werden müssen. Somit gibt es auch mehrere Positionen, die man verändern kann. Diese sind definitiv nicht alle durch die BIS oder die Feuerwehr als Träger des Rettungsdienstes zu verändern. Vielmehr ist es ein ganzheitliches Problem der gesamten Daseinsvorsorge welche zwingend eine Reform benötigt.

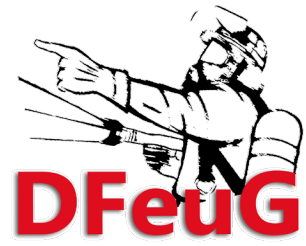
Hier muss die gesamte Politik handeln und unterstützen, Synergien zwischen Behörden und Ämtern wie der Feuerwehr, der Sozialbehörde, Schulbehörde aber auch der KVHH und einzelnen Kliniken müssen entstehen und genutzt werden, um ein starkes zukunftsorientiertes System aufbauen zu können.

Im Einzelnen wären folgende Schritte denkbar

- Dem Bürger Möglichkeiten schaffen, eine hausärztliche Betreuung zu finden (also den jungen Ärzten den Start in eine eigene Praxis vereinfachen, z.B. mit staatlichen Förderungen, Zinslosen Krediten, vergünstigten Mieten für Praxisräume).
- Größere Anzahl an Notfallpraxen, die strategisch über die Stadt verteilt sind, um so auch von jedem Bürger gut erreicht werden zu können.
- Alle medizinischen „Notrufe“ auch 116117 zentral aus einer integrierten Leitstelle mit implementierten Ärzten (auch Telenotarzt) für ein Erstgespräch, so muss der Arzt nicht zwingend zum Patienten und der Disponent kann im Zweifel mit dem Arzt gemeinsam entscheiden welches Fahrzeug nun geschickt wird oder ein Verweis an den Hausarzt erfolgt.

-SEITE 8-





Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Landesverband Hamburg

Tel: +49(0)40 43 17 95 99 16

Fax: +49(0)40 43 17 95 99 19

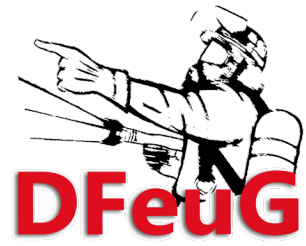
geschaeftsstelle-hh@dfaug.de

www.dfaug.de

- Anpassung des Notrufabfragesystems und die Möglichkeit der Priorisierung von Einsätzen ähnlich dem System der Polizei.
- Schaffen und Anbinden von sozialen Hilfen, bei Versorgungsproblemen etc.
- Implementierung eines Systems nach Vorbild des Hansesaniäter oder Gemeindenotfallsaniäter, welcher bei fraglichen Notfalleinsätzen die Einsatzstelle anfährt, um dann zu entscheiden welche medizinische Versorgung hier geboten ist. (Gegebenenfalls mit Unterstützung eines Telenotarztsystems.)
- Verpflichtende Vorhaltung von Krankentransportwagen, auch in Randzeiten für die Konzessionsinhaber, gegebenenfalls über Partnerverträge geregelt!
- Gesetzlichen Rahmen schaffen, damit gerade Entlassungen aus dem Krankenhaus bei hoher Auslastung der Krankentransportfahrzeugen eine verlängerte Dispositionszeit von bis zu 12h erhalten, damit diese bei freien Valenzen der KBF bedient werden können und nicht die Rettungsmittel beanspruchen. Bei Ferntransporten eine verbindliche Anforderung mindestens 48 Stunden vorher, damit entsprechende Ressourcen auch geplant werden können. Somit wird nicht ein Rettungswagen (z.B. der GRTW), welcher eigentlich für die Notfallrettung und den K-Fall vorgesehen ist, für eine Entlassung bis nach Stuttgart disponiert und fehlt 1,5 Tage im Hamburger System.
- Rechtliche Sicherheit schaffen, damit Notfallsaniäter den Patienten an den Hausarzt oder Notfallpraxis verweisen dürfen. Auch eine Gesetzesänderung, dass dieser entsprechende Transportscheine für Taxen oder den KBF ausstellen darf würde eine Entlastung des Systems bedeuten. Eine Transporterlaubnis zu Notfallpraxen und Hausärzten würde die Notaufnahmen entlasten. (ggf. hier auch die Anweisungen mit Unterstützung des Telenotarztes).

-SEITE 9-





Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Landesverband Hamburg

Tel: +49(0)40 43 17 95 99 16

Fax: +49(0)40 43 17 95 99 19

geschaeftsstelle-hh@dfaug.de

www.dfeug.de

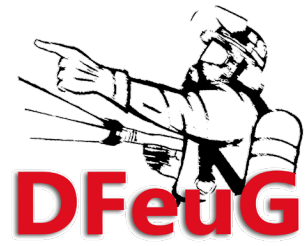
- Um die Belastungen der einzelnen Einsatzkräfte zu senken ist es zwingend notwendig die zusätzliche Berufsqualifikation Notfallsanitäter attraktiv zu gestalten, um die breite Masse ausbilden zu können. Hier wäre es möglich eine Entsprechende Stellenbewertung zu schaffen, wie bei vielen anderen Feuerwehren auch. Beispiel Berlin: Mit Erreichen der Qualifikation Notfallsanitäter sofortige Beförderung auf A9, zusätzlich wird pro Einsatz eine 5€ Pauschale gezahlt).
- Temporäre Entlastung: Zum Beispiel durch ausgebildete Notfallsanitäter aus den Abteilungen (auch aus dem gehobenen Dienst), die ein oder zwei Dienste im Monat auf dem RTW übernehmen.
- Temporäre Entlastung: Eine „Echte“ Opt-out Regelung wie bei anderen Feuerwehren einführen. Damit könnte man mind. 300-400 zusätzliche NFS Schichten bedienen. Auch die Leitstelle könnte hierdurch kurzfristig ihre Schichten besser besetzen.
- Attraktivität für Beschäftigte im Rettungsdienst steigern, Vorzüge des Arbeitgebers Feuerwehr Hamburg hervorheben und ausarbeiten.
-Möglichkeit der Unterbringung von nicht mehr im RD einsetzbaren Kollegen definieren! Diese auch Bewerben! Im Vergleich zu anderen Arbeitgebern verdienen die BIR monatlich etwas weniger bei F jedoch arbeiten sie auch bis zu 40h weniger! Somit geht es in erster Linie darum, die Zukunft attraktiv zu gestalten!

Mögliche Verwendungen:

- o *Ausbilder im Bereich Rettungsdienst an der Feuerwehrrakademie, als Praxisanleiter an der Berufsfachschule für Notfallsanitäter der Feuerwehr Hamburg, Karrieremöglichkeiten in der Leitstelle schaffen (Zusatzmodul Feuerwehr).*
- o *Gemeinsam mit dem Jobcenter und dem ZAF Umschulungsmaßnahmen auf den Bereich Verwaltung fixieren, um dann weiter bei der Feuerwehr z.B. im Bereich F011 oder im Referat Rettungsdienst eingesetzt werden zu können.*

-SEITE 10-





Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Landesverband Hamburg

Tel: +49(0)40 43 17 95 99 16

Fax: +49(0)40 43 17 95 99 19

geschaeftsstelle-hh@dfaug.de

www.dfaug.de

- *Karrieremöglichkeit zum Medizinpädagogen über Stipendien bereitstellen. Ein oder zwei Beschäftigten im Rettungsdienst nach Bestenauslese im Berufsbegleitenden Studium pro Jahr diesen Weg ermöglichen. Auch in der BFS haben wir Lehrkräftemangel und junge Lehrkräfte gehen, weil sie anderswo attraktiver vergütet werden.*
- Erste- und Selbsthilfekurse (entsprechend BBK [EHSK Konzept] oder German Resuscitation Council [GRC] E.V.) verpflichtend für Schüler*innen an den Schulen und Berufsschulen in den Unterrichtsplan integrieren, dazu muss es aber von der Schulbehörde unterstützt werden. *Langfristig könnten auch hier diensteingeschränkte Kollegen eingesetzt werden.*

Für den Landesverband Hamburg
der Deutschen Feuerwehr Gewerkschaft
im September 2022

Jan Heinrich
Landesverbandvorsitzender

Heiko Runge
Leiter Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit

